



Alexander von Humboldt
Stiftung / Foundation

Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung:

**Sonderprogramm
„Brückenförderungen für Wissenschaftler*innen aus Afghanistan“**

Programmrichtlinien

(Stand: Januar 2022)

Inhaltsverzeichnis

0. Hintergrund und Programmziel.....	3
1. Zuwendungsbestimmungen	3
2. Antragstellung durch die aufnehmende Einrichtung	3
2.1. Antragsberechtigung	4
2.2 Voraussetzungen für eine Nominierung	4
2.3 Antragsstellung	4
2.4 Nachweis der Gefährdung	5
3. Auswahlverfahren und -kriterien	5
4. Umsetzung der Förderung durch die aufnehmende Einrichtung.....	5
4.1 Zuwendungsvertrag	5
4.2 Verbuchung von Fördermitteln	6
4.3 Bestandteile der Förderung.....	6
5. Mittelanforderung, -auszahlung, -rückzahlung	9
6. Verwendungsnachweis / Dokumentation	10
7. Sicherheit der geförderten Personen.....	10
8. Öffentlichkeitsarbeit.....	10
9. Abbruch des Stipendiums und Rückzahlungspflichten	11
10. Schlussbestimmungen	11

Anlage 1:	Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)
Anlage 2:	Besondere Nebenbestimmungen des Auswärtigen Amts für die Gewährung von Zuwendungen gem. Nr. 15.2 VV zu § 44 BHO (BNBest AA)
Anlage 3:	Richtlinien des Auswärtigen Amts über die Förderung, Betreuung und Nachbetreuung von ausländischen Studierenden, Praktikanten, Graduierten und Wissenschaftlern (Stipendien-Richtlinien)
Anlage 4:	Antragsformulare Brückenförderungen

0. Hintergrund und Programmziel

Die Philipp Schwartz-Initiative ist ein Förderprogramm der Alexander von Humboldt-Stiftung zur Unterstützung von Forschenden, die in ihren Herkunftsländern erheblicher und anhaltender persönlicher Gefährdung ausgesetzt sind. Die Initiative steht für Nominierungen afghanischer Wissenschaftler*innen mit guter Perspektive auf temporäre Integration in das deutsche Wissenschaftssystem unverändert offen.

Ergänzend schafft die Alexander von Humboldt-Stiftung mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes ein Sonderprogramm „Brückenförderungen für Wissenschaftler*innen aus Afghanistan“. Es zielt ab auf eine weitere Gruppe akut gefährdeter afghanischer Wissenschaftler*innen, für die aufgrund ihrer spezifischen Qualifikationslage das Hauptprogramm der Philipp Schwartz-Initiative keine ideale Option darstellt und für die Perspektiven insbesondere außerhalb der Wissenschaft von Relevanz sind. Das Sonderprogramm soll ihnen diesen Brückenschlag in Sicherheit und mit Unterstützung durch die aufnehmenden Einrichtungen und die Humboldt-Stiftung ermöglichen.

Mithilfe ca. 20 verfügbarer Förderungen versetzt es deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Lage, akut gefährdete afghanische Wissenschaftler*innen für die Dauer von bis zu zwölf Monaten aufzunehmen, den Lebensunterhalt für ihren Aufenthalt an der aufnehmenden Einrichtung im Rahmen eines Stipendiums sicherzustellen und sie bei Qualifikationsmaßnahmen und der Anbahnung mittel- und langfristiger Perspektiven aktiv zu unterstützen. Bei entsprechender Qualifikationslage sollen dabei insbesondere auch Perspektiven außerhalb des Wissenschaftsbereichs Berücksichtigung finden. Ergänzt wird die Stipendienförderung um eine Qualifizierungspauschale zum Einsatz durch die aufnehmende Einrichtung sowie gesonderte Beratungsangebote der Alexander von Humboldt-Stiftung.

Angesichts der erhöhten Gefährdungslage für Frauen in Afghanistan wird besonderes Augenmerk auf die Unterstützung weiblicher Forscherinnen gelegt.

1. Zuwendungsbestimmungen

Im Rahmen des Sonderprogramms „Brückenförderungen für Wissenschaftler*innen aus Afghanistan“ der Philipp Schwartz-Initiative ermöglicht die Alexander von Humboldt-Stiftung Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung nach den „Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung“ (ANBest-P) die temporäre Aufnahme und Förderung gefährdeter Wissenschaftler*innen - auch im Sinne universitär Lehrender - aus Afghanistan.

Die Zuwendungsbestimmungen umfassen (in ihrer jeweils aktuellen Fassung):

- die Programmrichtlinien und Programminformationen;
- die Allgemeinen Nebenbestimmungen des Auswärtigen Amtes für die Projektförderung (ANBest-P; Anlage 1);
- die Besonderen Nebenbestimmungen des Auswärtigen Amtes für die Gewährung von Zuwendungen (BNBest-AA; Anlage 2);
- die Stipendienrichtlinien des Auswärtigen Amtes (Anlage 3).

Die deutschsprachigen Fassungen der genannten Dokumente sind verbindlich. Bei den englischsprachigen Fassungen handelt es sich lediglich um Hilfsübersetzungen. Die Bewilligung und Auszahlung von Fördermitteln steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln. Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen.

2. Antragstellung durch die aufnehmende Einrichtung

2.1. Antragsberechtigung

Je Einrichtung kann ein Antrag eingereicht werden, in dem bis zu fünf Personen nominiert werden können.

Antragsberechtigt sind Einrichtungen in Deutschland, die folgenden Kategorien zugeordnet werden können:

- Staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen (vgl. Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz)
- Einrichtungen der Mitglieder der Allianz der Wissenschaftsorganisationen, an denen Forschung durchgeführt wird (Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft)
- Bundes- und Landesforschungseinrichtungen
- Weitere Forschungseinrichtungen, die ihre Forschungsinhalte und -strukturen überzeugend darlegen können (vgl. Anlage 4a)

2.2 Voraussetzungen für eine Nominierung

Nominiert werden können Wissenschaftler*innen mit afghanischer Staatsangehörigkeit,

- die über ein wissenschaftliches Profil verfügen und zuletzt als Lehrende und/oder Forschende an afghanischen Universitäten oder Forschungseinrichtungen oder als Ortskräfte für deutsche Wissenschaftseinrichtungen tätig waren;
- die mindestens über einen postgraduierten Hochschulabschluss (Master oder Promotion) verfügen und nicht ordentlich in Deutschland immatrikuliert sind; Studierende, Promovierende sowie studieninteressierte Lehrende mit Bachelor-Abschluss sind an den DAAD zu verweisen;
- die Afghanistan am oder nach dem 1. Juni 2021 verlassen haben und sich nun in Deutschland oder in einem Drittland aufhalten bzw. die sich noch in Afghanistan aufhalten (Personen, die sich bereits länger außerhalb Afghanistans aufhalten, sollten bei Eignung im Kernprogramm der Philipp Schwartz-Initiative nominiert werden);
- die im Fall des Verbleibs in Afghanistan erheblicher Gefährdung ausgesetzt wären.

Personen, die aufgrund einer doppelten Staatsbürgerschaft oder anderer Umstände wie der Ehe mit einem*einer EU-Bürger*in Zugang zu einem sicheren Aufenthaltsland haben, sowie deutsche Staatsangehörige sind im Grundsatz von einer Nominierung ausgeschlossen. Mehrfachnominierungen einer Person durch mehrere potenzielle Gasteinrichtungen sind ausgeschlossen.

2.3 Antragsstellung

Antragfrist ist der 28. Februar 2022. Es liegt in der Verantwortung der aufnehmenden Einrichtung, den Antrag vollständig mit allen nachstehenden Bestandteilen vorzulegen (vgl. Anlagen 4a-d):

1. Deckblatt;
2. Antrag/Anträge auf Fördermittel für ein Stipendium einschließlich Darlegung eines wissenschaftlichen Projekts mit guter Passung zum gastgebenden Institut, das auch einer berufsrelevanten Weiterbildung dient (bei Nominierung mehrerer Kandidat*innen ist jeweils ein eigenes Antragsunterformular nebst Anlagen einzureichen);
3. Finanzierungsplan;
4. vorläufige Stipendienkalkulation.

Die Prüfung von Urkunden und anderen Dokumenten, die Gegebenheiten wie die Staatsangehörigkeit, den Aufenthaltsstatus, ggf. die Promotion u.a. belegen, obliegt der

antragstellenden Einrichtung; dem Antrag sind lediglich Kopien bzw. Scans beizufügen. Fremdsprachigen Dokumenten ist eine Übersetzung beizulegen (Englisch ausgenommen).

Der Antrag ist von der Leitungsebene der antragstellenden Einrichtung (Präsident*in, Rektor*in bzw. Leitung der außeruniversitären Forschungseinrichtung) zu unterschreiben und durch die Projektleitung in elektronischer Form als eine zusammenhängende Datei (PDF) an brueckenfoerderungen@avh.de zu senden. Antragsformulare können elektronisch unterzeichnet oder nach erfolgter Unterschrift gescannt übermittelt werden. Angesichts der Angreifbarkeit elektronischer Kommunikation sind antragstellende Einrichtungen gehalten, die Antragsunterlagen mit einem Passwortschutz zu versehen. Das Passwort ist der Alexander von Humboldt-Stiftung, telefonisch oder per Fax, nicht aber auf dem gleichen Wege wie die Antragsunterlagen, zu übermitteln.

2.4 Nachweis der Gefährdung

Jeder Nominierung für eine Brückenförderung ist eine formlose Darlegung der Gefährdungslage durch die nominierte Person in englischer oder deutscher Sprache bzw. in entsprechender Übersetzung beizufügen. Ihr Umfang sollte eine Seite nicht überschreiten. Ergänzende Dokumentationen, z. B. Stellungnahmen bzw. Bescheide deutscher Behörden oder anderer glaubwürdiger Quellen sind wünschenswert, aber nicht erforderlich. Liegt neben der afghanischen eine weitere Staatsangehörigkeit vor, ist dies im Kontext der Bedeutung für die Gefährdungssituation zu erläutern.

3. Auswahlverfahren und -kriterien

Die Auswahl der zu fördernden Nominierungen wird auf der Basis der Antragsunterlagen sowie der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel vom zuständigen Auswahlausschuss der Alexander von Humboldt-Stiftung getroffen.

Zugrunde gelegt werden folgende Kriterien:

- wissenschaftliches Profil der nominierten Person;
- Einsatz seitens Gasteinrichtung und vorgesehener wissenschaftlicher Mentor*in für die nominierte Person
 - hinsichtlich konkreter Unterstützungs- und Qualifikationsmaßnahmen;
 - hinsichtlich Perspektiven für die Zeit nach Ablauf der Förderung;
- wissenschaftliches Projekt mit guter Passung zum gastgebenden Institut, das auch einer berufsrelevanten Weiterbildung dient.

4. Umsetzung der Förderung durch die aufnehmende Einrichtung

Die aufnehmende Einrichtung übernimmt gegenüber den geförderten Personen die Rolle der Stipendiengeberin einschließlich der Administration gemäß den vorliegenden Programmrichtlinien sowie der im Übrigen vor Ort geltenden Verfahren und Regelungen. Dies gilt auch für sämtliche Dokumente (z.B. Förderzusage, Annahmeerklärung, Stipendienvertrag etc.) und die Adressierung administrativer, logistischer oder rechtlicher Fragen (z.B. Aufenthaltsstatus, Krankenversicherungsschutz, Unterbringung etc.).

4.1 Zuwendungsvertrag

Die Zuwendung erfolgt im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung nach den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) in der aktuell gültigen Fassung. Nach einer positiven Auswahlentscheidung wird ein Bewilligungsschreiben nebst einer Annahmeerklärung übermittelt. Die Annahmeerklärung ist durch die Leitung der aufnehmenden

Einrichtung oder eine vertretungsberechtigte Person zu unterschreiben und an die Alexander von Humboldt-Stiftung zurückzusenden. Die unterschriebene Annahmeerklärung gilt als Zuwendungsvertrag.

4.2 Verbuchung von Fördermitteln

Fördermittel sind auf einem eigens eingerichteten Projektkonto zu verbuchen, um bei einer Prüfung seitens der Humboldt-Stiftung, einem von der Stiftung beauftragten Wirtschaftsprüfungsunternehmen oder dem Bundesrechnungshof die Nachvollziehbarkeit der Mittelverwendung sicherzustellen.

4.3 Bestandteile der Förderung

Im Rahmen der Zuwendung werden der aufnehmenden Einrichtung für jede geförderte Person Mittel für ein Stipendium (vgl. 4.3.1) sowie eine Qualifikationspauschale (vgl. 4.3.2) zur Verfügung gestellt.

4.3.1 Stipendium

Stipendienmittel werden zur Deckung des Lebensunterhalts in Deutschland für den Zeitraum des bis zu zwölfmonatigen Stipendiums bewilligt. Mit der Annahme des Stipendiums sind die geförderten Personen seitens der aufnehmenden Einrichtung zu verpflichten, sich während des Förderzeitraumes voll und ganz dem Stipendienzweck und ihrer beruflichen (Neu-)Orientierung zu widmen. Die Ausübung einer sonstigen hauptamtlichen Tätigkeit innerhalb oder außerhalb Deutschlands ist während der Förderung nicht möglich. Da Stipendiat*innen des Sonderprogramms keine Arbeitnehmer*innen sind, gilt die Durchführung des wissenschaftlichen Vorhabens nicht als Erwerbstätigkeit im Sinne des deutschen Einkommensteuergesetzes. Die monatliche Stipendienzahlung ist daher kein Arbeitseinkommen und unterliegt in Deutschland nicht der Sozialversicherungspflicht. Gesetze im Herkunftsland der Stipendiat*innen können besondere Bestimmungen zur Versteuerung von Forschungsstipendien enthalten. In Zweifelsfällen sollte eine Steuerberatung konsultiert werden.

Stipendiat*innen sind durch die aufnehmende Einrichtung zu verpflichten, sie über alle Nebentätigkeiten zu informieren. Nebentätigkeiten mit Einkünften, die die vorgenannte "Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte" (zurzeit 450 EUR brutto monatlich) überschreiten, bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die aufnehmende Einrichtung. Solche Einkünfte sind auf die monatliche Stipendienzahlung anzurechnen. Der Einrichtung obliegt dabei die Prüfung, ob die Nebentätigkeit die Erfüllung des Stipendienzwecks gefährdet; dies wäre der Alexander von Humboldt-Stiftung umgehend mitzuteilen und die Förderung wäre ggf. zu unterbrechen oder zu beenden.

Die gleichzeitige Inanspruchnahme eines weiteren Stipendiums aus deutschen öffentlichen Mitteln ist nicht zulässig.

4.3.2 Anwesenheit an der aufnehmenden Einrichtung

Eine Präsenz der Stipendiat*innen an den Standorten der jeweiligen aufnehmenden Einrichtungen wird grundsätzlich vorausgesetzt. Die Vereinbarung von Telearbeit ist zulässig; eine Durchführung aus dem Ausland hingegen nicht. Ein Anspruch auf den monatlichen Stipendienbetrag besteht grundsätzlich nicht, wenn Stipendiat*innen während des Förderzeitraums länger als insgesamt 14 Kalendertage (zusammenhängend oder summiert) von der aufnehmenden Einrichtung abwesend sind. Die aufnehmende Einrichtung ist gehalten, in solchen Fällen die Stipendienzahlungen zu kürzen und die Alexander von Humboldt-Stiftung zu informieren. In Zusammenhang mit der Durchführung des wissenschaftlichen Vorhabens oder zur Fortentwicklung der beruflichen Zukunftsperspektiven

notwendige Konferenz- und Forschungsreisen, Archiv- und Bibliotheksaufenthalte etc. bleiben dabei unberücksichtigt.

Im ersten Monat des Stipendiums besteht ein Anspruch auf die Stipendienzahlung nur bei Anreise bis zum 15. des Monats (bzw. dem darauffolgenden Arbeitstag). Im letzten Monat des Forschungsstipendiums besteht ein Anspruch auf die Stipendienzahlung nur bei Anwesenheit mindestens bis zum 15. des Monats.

4.3.3 Stipendienleistungen

Die im Folgenden dargelegten Stipendienleistungen stellen eine Konkretisierung der in den Stipendienrichtlinien des Auswärtigen Amtes bestimmten Möglichkeiten dar.

Bei Beantragung einer Brückenförderung ist eine vorläufige Darstellung über die maximal erwartete Zusammensetzung der Stipendienleistungen einzureichen (vgl. Anlage 4c). Vor Förderbeginn ist eine verbindliche Kalkulation einzureichen. Nach Förderbeginn sind Abweichungen schriftlich mit der Alexander von Humboldt-Stiftung unter Vorlage aktualisierter Fassungen von Stipendienkalkulation und Finanzierungsplan abzustimmen. Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln.

4.3.3.1 Stipendienbetrag

Die Höhe des Stipendiums beträgt monatlich in der Regel 2.670 EUR. Dies umfasst einen einheitlichen Stipendienbetrag in Höhe von 2.500 EUR in Entsprechung zur Kategorie „Postdoktorand*innen“ laut den Stipendienrichtlinien des Auswärtigen Amtes sowie eine Mobilitätspauschale in Höhe von 100 EUR und in der Regel eine Beihilfe zur Kranken- und Haftpflichtversicherung in Höhe von 70 EUR.

4.3.3.2 Nebenleistungen zum Stipendium

Zusätzlich zu den monatlichen Stipendienbeträgen kann die aufnehmende Einrichtung in Abstimmung mit der Alexander von Humboldt-Stiftung bestimmte, am individuellen Bedarf der Stipendiat*innen orientierte Leistungen gewähren, wenn die jeweiligen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Beratung zu verfügbaren Nebenleistungen, die Prüfung von Ansprüchen und die Prüfung und Aufbewahrung entsprechender Belege (z. B. Nachweis der Ehe oder einer Geburt) obliegen der Projektleitung an der aufnehmenden Einrichtung. Die Gewährung von Mitteln zur Deckung von Nebenleistungen seitens der Alexander von Humboldt-Stiftung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln.

Die möglichen Nebenleistungen umfassen (neben der grundsätzlich gewährten Mobilitätspauschale in Höhe von 100 EUR und Beihilfe zu Kranken- und Haftpflicht-Versicherungskosten in Höhe von 70 EUR):

- Familienleistungen für Ehepartner*innen
- Familienleistungen für Kinder
- Beihilfen für Kranken- und Haftpflichtversicherung von Familienmitgliedern

4.3.3.2.1 Mobilitätspauschale

Als Teil der monatlichen Stipendienmittel erhalten Stipendiat*innen für die Dauer ihrer Förderung eine Mobilitätspauschale in Höhe von monatlich 100 EUR ohne besonderen Antrag. Die Mobilitätspauschale stellt einen Zuschuss dar für Ausgaben im Zusammenhang mit notwendigen Konferenz- und Forschungsreisen, Archiv- und Bibliotheksaufenthalten etc. in Deutschland und im Ausland. Zusätzliche Reise- oder Konferenzbeihilfen können darüber hinaus nicht aus

Stipendienmitteln gewährt werden, wohl aber aus der Qualifikationspauschale für die aufnehmende Einrichtung. Stipendiat*innen sind gehalten, ihre Reisepläne stets mit ihren wissenschaftlichen Mentoren*Mentorinnen abzustimmen.

4.3.3.2 Familienleistungen für Ehepartner*innen

Zusätzlich zu den monatlichen Stipendienbeträgen kann die aufnehmende Einrichtung weitere Leistungen für begleitende Ehepartner*innen und Kinder gewähren, wenn die jeweiligen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Prüfung der Voraussetzungen obliegt der Projektleitung an der aufnehmenden Einrichtung: Wenn für die Einreise der Ehepartnerin*des Ehepartners und/oder der Kinder nach Deutschland kein Visum erforderlich ist, obliegt der Projektleitung an der aufnehmenden Einrichtung die Berechtigungsprüfung (anhand der Heiratsurkunde bzw. der Geburtsurkunde(n) der Kinder). Eine Kopie des entsprechenden Belegs ist mindestens sechs Jahre lang aufzubewahren. Der Alexander von Humboldt-Stiftung bzw. beauftragten Prüfunternehmen sind diese Belege nur auf Anfrage vorzulegen.

Für Ehepartner*innen, die Stipendiat*innen für mindestens 3 Monate ohne Unterbrechung nach Deutschland begleiten, kann auf Antrag während des Förderzeitraumes ein Familienzuschlag in Höhe von monatlich 276 EUR gewährt werden. Einkünfte der Ehepartnerin*des Ehepartners (Gehalt bzw. Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit in Deutschland, deutsche oder ausländische Stipendien), die die so genannte "Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte" (zurzeit 450 EUR brutto monatlich) überschreiten, sind auf den Familienzuschlag für Ehepartner anzurechnen.

Brückenstipendiat*innen können für Kinder, die sich länger als 6 Monate ohne Unterbrechung bei ihnen in Deutschland aufhalten, für die ersten 14 Lebensmonate Elterngeld nach deutschem Recht – Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) – beantragen. In all diesen Fällen ist kein Familienzuschlag für Ehepartner*innen zu bewilligen. Sollte der Antrag auf Elterngeld abgelehnt werden, obliegt es der aufnehmenden Einrichtung, Kopien des Ablehnungsbescheides zu verwahren. Der Familienzuschlag für Ehepartner*innen kann grundsätzlich nur gewährt werden, wenn bestätigt wird, dass für den Antragszeitraum kein Elterngeld nach deutschem Recht bezogen wird oder wurde. Der Familienzuschlag für Ehepartner*innen entfällt mit deren Abreise.

4.3.3.2.3 Familienleistungen für Kinder

Die Familienleistungen für Kinder unter 18 Jahren können eine Ersatzleistung in Höhe des staatlichen Kindergeldes umfassen, sofern kein gesetzlicher Anspruch auf dessen Zahlung besteht. Wenn Kinder (§ 2 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 Bundeskindergeldgesetz BKGG) bis zu einem Alter von unter 18 Jahren Brückenstipendiat*innen für mindestens 3 Monate ohne Unterbrechung nach Deutschland begleiten, kann die aufnehmende Einrichtung während des Förderzeitraumes eine Ersatzleistung für Kindergeld in entsprechender Höhe gewähren. Wenn für die Einreise der/des Ehepartners*in und/oder der Kinder nach Deutschland kein Visum erforderlich ist, obliegt der Projektleitung an der aufnehmenden Einrichtung die Berechtigungsprüfung (z. B. anhand Geburtsurkunde(n) der Kinder). Eine Kopie des entsprechenden Nachweises ist mindestens sechs Jahre lang aufzubewahren. Der Alexander von Humboldt-Stiftung bzw. beauftragten Prüfunternehmen sind diese Nachweise nur auf Anfrage vorzulegen.

Brückenstipendiat*innen, deren Kinder sich länger als 6 Monate ohne Unterbrechung in Deutschland aufhalten, können Kindergeld nach deutschem Recht – Einkommensteuergesetz (EStG) oder Bundeskindergeldgesetz (BKGG) – beantragen. Wird dieses gewährt, kann die aufnehmende Einrichtung keine Ersatzleistung für Kindergeld bewilligen. Sollte der Antrag auf Kindergeld abgelehnt werden, obliegt es der aufnehmenden Einrichtung, Kopien des Ablehnungsbescheides sowie der Aufenthaltserlaubnis zu verwahren. Ersatzleistung für Kindergeld können grundsätzlich nur gewährt

werden, wenn bestätigt wird, dass für den Antragszeitraum kein Kindergeld nach deutschem Recht bezogen wird oder wurde. Die Ersatzleistung für Kindergeld entfällt mit der Abreise der Kinder.

4.3.3.2.4 Beihilfe für Kranken- und Haftpflichtversicherung

Die aufnehmende Einrichtung kann Brückenstipendiat*innen sowie Ehepartner*innen und Kindern bis zu einem Alter von 18 Jahren, die die Stipendiat*innen mindestens 3 Monate ohne Unterbrechung nach Deutschland begleiten, während des Förderzeitraumes eine Beihilfe zu Kranken- und Haftpflichtversicherungskosten in Höhe von monatlich jeweils 70 EUR gewähren. Der Abschluss einer Krankenversicherung ist zwingend erforderlich; die Wahl der passenden Versicherungsoptionen (Reisekrankenversicherung oder Krankenvollversicherung) obliegt der geförderten Person und hat keine Auswirkung auf die Höhe der Bezuschussung. Stipendiat*innen ist die Beihilfe automatisch zusammen mit den monatlichen Stipendienmitteln auszuzahlen. Für begleitende Familienmitglieder ist die Berechtigung (Aufenthaltsdauer in Deutschland, Alter der Kinder) durch die aufnehmende Einrichtung zu überprüfen und im Rahmen der Kalkulation der Stipendiennebenleistungen anzusetzen. Wenn für die Einreise des*der Ehepartners*Ehepartnerin und/oder der Kinder nach Deutschland kein Visum erforderlich ist, obliegt der Projektleitung an der aufnehmenden Einrichtung die Berechtigungsprüfung (anhand der Heiratsurkunde und/oder der Geburtsurkunde(n) der Kinder). Eine Kopie des entsprechenden Nachweises ist mindestens sechs Jahre lang aufzubewahren. Der Alexander von Humboldt-Stiftung bzw. beauftragten Prüfunternehmen sind diese Nachweise nur auf Anfrage vorzulegen. Einkünfte des*der Ehepartners*Ehepartnerin (Gehalt bzw. Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit in Deutschland, deutsche oder ausländische Stipendien), die die so genannte "Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte" (zurzeit 450 EUR brutto monatlich) überschreiten, werden auf dessen Beihilfe für Kranken- und Haftpflichtversicherung angerechnet. Die Beihilfe für den Ehepartner und/oder die Kinder entfällt mit deren Abreise.

4.3.4 Qualifikationspauschale

Die Qualifikationspauschale in Höhe von 5.000 EUR dient der Umsetzung geeigneter Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen einschl. deutscher Sprachkurse sowie weiterer geeigneter Maßnahmen zur Vorbereitung und Anbahnung von Folgeperspektiven für die Zeit nach Ablauf der Förderung. Die Pauschale ist nicht für die Deckung allgemeiner Verwaltungsausgaben vorgesehen. Die Projektleitung entscheidet im Einvernehmen mit der geförderten Person und der vorgesehenen Mentor*in über den Einsatz der Pauschale; die im Antrag dargelegten Planungen sind dabei leitend.

Dieser Betrag wird im Sinne einer Pauschale verstanden und verwendet. Die Alexander von Humboldt-Stiftung erwartet, dass aufnehmende Einrichtungen die Pauschale im Sinne der Programmziele, für die oben genannten Zwecke sowie entsprechend der geltenden Grundsätze zur Verwendung öffentlicher Mittel einsetzen. Die aus der Pauschale finanzierten Aktivitäten sind berichtspflichtig im Rahmen von Sachberichten an die Alexander von Humboldt-Stiftung. In zahlenmäßigen Verwendungsnachweise sind für die Pauschale lediglich Mittelzufluss und Mittelabfluss darzustellen; Beleglisten oder Belege für die Pauschalmittel sind der Alexander von Humboldt-Stiftung oder von ihr beauftragten Prüfungsunternehmen nicht vorzulegen. Der Bundesrechnungshof behält jedoch die Berechtigung zur Prüfung der Verwendung aller Mittel der öffentlichen Hand. Es ist daher erforderlich, Zahlungs- und/oder Buchungsbelege für mindestens sechs Jahre ab Einreichung des Gesamtverwendungsnachweises aufzubewahren, falls diese in Prüfungen durch den Zuwendungsgeber oder den Bundesrechnungshof angefordert werden.

5. Mittelanforderung, -auszahlung, -rückzahlung

Nach Eingang des unterzeichneten Zuwendungsvertrages in der Alexander von Humboldt-Stiftung können Mittel über das dafür vorgesehene Verfahren und Formular angefordert werden. Die Auszahlung von Fördermitteln ist nach Möglichkeit zum Ende eines jeden Quartals rückwirkend

vorzusehen. Notfalls können Mittel auch tagesgenau für den Zeitpunkt der Verausgabung angefordert werden. Eine Verwahrung von Mitteln über eine Verausgabungsfrist von sechs Wochen hinaus ist unzulässig (vgl. 1.4 und 8.5 ANBest-P).

Die Mittel dürfen ausschließlich innerhalb des Bewilligungszeitraumes verwendet werden. Der Förderzeitraum erstreckt sich grundsätzlich vom 1. Mai 2022 bis zum 30. April 2023. Eine Verschiebung von maximal 6 Monaten ist auf Antrag möglich, z. B. wenn von der geförderten Person nicht zu verantwortende Hindernisse eine rechtzeitige Ausreise verhindern. Verschiebungen aus anderen Gründen sind im Grundsatz ausgeschlossen.

Bereits erhaltene, aber nicht mehr benötigte Mittel sind umgehend auf das im Zuwendungsvertrag genannte Konto der Alexander von Humboldt-Stiftung zurück zu überweisen (unabhängig von der Frist zur Einreichung des Verwendungsnachweises). Der Finanzierungsplan ist entsprechend anzupassen.

6. Verwendungsnachweis / Dokumentation

Verwendungsnachweise richten sich nach den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) in ihrer aktuellen Fassung. Es sind die von der Alexander von Humboldt-Stiftung zur Verfügung gestellten Vorlagen zu verwenden:

- Sachbericht;
- Zahlenmäßiger Nachweis mit entsprechenden Beleglisten;
- Einzelaufstellung zu den Geförderten.

Die geforderten Unterlagen sind mit allen erforderlichen Unterschriften fristgerecht einzureichen. Alle im Zusammenhang mit einer Förderung stehenden relevanten Unterlagen sind durch die geförderte Einrichtung sechs Jahre nach Abschluss des Jahres der Vorlage des Verwendungsnachweises zu Prüfzwecken aufzubewahren.

7. Sicherheit der geförderten Personen

Personen, die im Rahmen des Sonderprogramms „Brückenförderungen für Wissenschaftler*innen aus Afghanistan“ der Alexander von Humboldt-Stiftung gefördert werden, können auch während ihres Aufenthalts in Deutschland erhöhten Risiken ausgesetzt sein. Mitunter kann bereits die Identifizierung einer Person als Stipendiat*in des Programms schädliche Folgen haben, z. B. für im Herkunftsland verbliebene Familienmitglieder. Daher ist bei jeglicher Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit die Sicherheit der betreffenden Personen leitendes Prinzip. Elektronische Kommunikation über Geförderte ist entweder durch die Verwendung von Initialen oder die Verschlüsselung von Dokumenten zu sichern. Passwörter zur Entschlüsselung von Dateien sind über einen getrennten Kanal zu übermitteln, z. B. telefonisch. Bekanntmachungen über eine Förderung und jede andere Bezugnahme auf die geförderte Person setzen das ausdrückliche Einverständnis der geförderten Person voraus.

8. Öffentlichkeitsarbeit

Für die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der aufnehmenden Einrichtung gilt:

- Gegenüber den Geförderten: Die Förderung erfolgt in Form von „Brückenstipendien der aufnehmenden Einrichtung X aus Mitteln des Auswärtigem Amtes“. Es handelt sich weder um Humboldt-Forschungsstipendien noch um Philipp Schwartz Fellowships; eine Aufnahme in das Humboldt-Netzwerk ist nicht vorgesehen. Eine Verwendung des Logos der Humboldt-Stiftung oder des Auswärtigem Amtes in der Kommunikation mit Geförderten ist nicht vorgesehen.
- Eine eventuelle Bekanntmachung der Förderung setzt das ausdrückliche Einverständnis der geförderten Person bzw. Personen voraus.

9. Abbruch des Stipendiums und Rückzahlungspflichten

Stipendiat*innen der Brückenförderungen sind durch die aufnehmenden Einrichtungen schriftlich zu verpflichten, der aufnehmenden Einrichtung alle Änderungen von Sachverhalten, die für die Vergabe und die Höhe der Förderung relevant sind, unverzüglich anzuzeigen. Liegen wichtige Gründe vor, ist der Vertrag mit der geförderten Person zu kündigen, sind die Förderleistungen von Seiten der aufnehmenden Einrichtung einzustellen und sind zu Unrecht bezogene Leistungen zurückzufordern und an die Alexander von Humboldt-Stiftung zurückzuzahlen. In die Förderzusage ist ein entsprechender Vorbehalt aufzunehmen. Bitte wenden Sie sich grundsätzlich umgehend an die Alexander von Humboldt-Stiftung, wenn eine Förderung unterbrochen, abgebrochen oder nicht angetreten wird oder wenn sich andere Sachverhalte mit Bezug auf die Förderung verändern.

10. Schlussbestimmungen

Die Programmrichtlinien und -informationen legen die Bedingungen für eine Förderung im Rahmen des Sonderprogramms „Brückenförderungen für Wissenschaftler*innen aus Afghanistan“ der Alexander von Humboldt-Stiftung fest. Sie sind Bestandteil der Zuwendung. Die Alexander von Humboldt-Stiftung behält sich vor, bei Verstößen gegen die Programmrichtlinien bzw. -informationen die Entscheidung über die Förderung ganz oder teilweise zu widerrufen und die Zuwendung vollständig oder in Teilen zurückzufordern. Dies gilt auch, wenn die geförderte Einrichtung während des Förderzeitraumes oder zuvor im Rahmen der Antragstellung unrichtige Angaben macht oder gemacht hat, wenn sie die Richtigkeit relevanter Angaben von im Rahmen des Sonderprogramms „Brückenförderungen für Wissenschaftler*innen aus Afghanistan“ geförderten Personen nicht überprüft und Unregelmäßigkeiten gegenüber der Alexander von Humboldt-Stiftung nicht anzeigt, oder wenn andere schwerwiegende Tatsachen bekannt werden, die der Bewilligung entgegengestanden hätten, wären sie dem Auswahl Ausschuss bekannt gewesen. Die Alexander von Humboldt-Stiftung behält sich vor, die Programmrichtlinien und -informationen jederzeit zu ändern, soweit die Änderungen unter Berücksichtigung der Interessen der Alexander von Humboldt-Stiftung für die geförderte Einrichtung zumutbar sind. Änderungen werden der geförderten Einrichtung rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Die Änderungen gelten als genehmigt, wenn die geförderte Einrichtung nicht innerhalb von vier Wochen schriftlich Widerspruch erhebt. Im Falle eines Widerspruchs behält sich die Alexander von Humboldt-Stiftung die Einstellung der Förderung binnen angemessener Frist vor. Ausschließlicher Gerichtsstand ist Bonn/Deutschland. Es gilt ausschließlich das deutsche Recht ohne Kollisionsnormen.